



Gleich, aber eben doch nicht gleich

Wie in Basel-Land und Basel-Stadt der Start ins neue Schuljahr verlief.

Basel-Land kommunizierte am 4. August 2020. Die Medienmitteilung trug den Titel «Start in die neue Normalität» und verkündete die Rückkehr zum Präsenzunterricht auf allen Schulstufen. In Basel-Land wird der Unterricht in der Primar- und Sekundarschule weitergeführt wie vor den Sommerferien. Hingegen wurden für den Präsenzunterricht an den Mittel- und Berufsfachschulen weitere Schutzmassnahmen ausgearbeitet. Will heissen, ein Mindestabstand von 1,5 Meter ist nach wie vor zwingend. Weil dieser an den meisten Schulen aber nicht eingehalten werden kann, wurden weitere Schutzmassnahmen vorgenommen. So wurden Mobiliaranpassungen vorgenommen, etwa Einzeltische bestellt und Trennwände installiert. Dort, wo auch das nicht möglich war, müssen Schutzmasken getragen werden. Im Gegenzug werden bis zu den Herbstferien alle Schülerinnen, Schüler, Lernende und Lehrpersonen der nachobligatorischen Schulen kostenfrei mit Schutzmasken für den Unterricht ausgestattet.

Basel-Stadt kommunizierte am 5. August 2020, also einen Tag später, unter dem Titel «Umfassende Schutzmassnahmen, aber keine allgemeine Maskenpflicht». Auch in der Stadt gilt für die Volksschule ein Unterricht unter den gleichen Bedingungen wie vor den Sommerferien. Zu Anpassungen kam es dagegen bei den Mittel- und Berufsfachschulen. Um den Unterricht

in Ganzklassen unter Einhaltung der Abstandsregeln zu ermöglichen, wurden während der Sommerferien umfassende Umstellungen in den Unterrichtsräumen vorgenommen. Dazu gehörte auch die Anschaffung von zusätzlichen Einzelpulten, damit eine allgemeine Maskenpflicht während des Unterrichts vermieden werden kann. Das oberste Ziel der umfassenden Schutzmassnahmen soll die Aufrechterhaltung des Ganzklassenunterrichts sein.

Unter dem Strich also war das Vorgehen der Halbkantone gleich, aber in der Kommunikation setzten sie einen ganz anderen Fokus.

Wie geht es weiter?

Und nun, zwei Wochen später, müssen an den nachobligatorischen Schulen in Basel-Stadt überall auf dem Schulareal Masken getragen werden. Sobald man sich aber im Klassenzimmer befindet und der Sicherheitsabstand gewährleistet ist, können die Masken abgelegt werden. Zum Start stehen den Schülerinnen und Schüler genügend Masken zur Verfügung. Wir sind nun gespannt, wie es nun im Landkanton diesbezüglich weitergeht.

Von aussen betrachtet, stellt sich schon die Frage, warum keine einheitliche Regelung in der Region Nordwestschweiz möglich war. Das Virus jedenfalls ist überall gleich, dieses kennt keine Kantons Grenzen. ■

Text: Kerstin Wenk

Lehre versus Matur

«Lediglich um die 17 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger treten direkt in eine Lehre über.»

Gedanken zum Lehrstellenbericht 2019.

Gemäss dem kantonalen Berufsbildungsgesetz berichtet der Regierungsrat Basel-Stadt dem Grossen Rat jährlich über die Lehrstellensituation im Kanton. Die Bildungs- und Kulturkommission befasst sich daraufhin im Detail mit diesem. Die Aussagen der Kommission zum aktuellen Bericht lassen aufhorchen, der Präsident sagte in seinem Votum im Grossen Rat: «Die BKK tat sich in diesem Jahr mit dem Lehrstellenbericht schwerer als auch schon. Das hat weniger mit dem nach wie vor stabilen Lehrstellenmarkt zu tun, als mit dem bildungspolitischen Umfeld und dem Stellenwert der Berufsbildung generell.»

Der Lehrstellenmarkt in Basel-Stadt ist zwar stabil, diese Stabilität befindet sich aber auf ziemlich tiefem Niveau. Es treten nämlich lediglich um die 17 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger direkt in eine Lehre über. Ein Grund für die eher wenigen Direktübertritte in eine Lehre liegt darin, dass vielen Schülerinnen und Schüler nach dem Abschluss der Volksschule in eine weiterführende Schule gehen, wie zum Beispiel das Gymnasium. So sind die notwendig guten Schülerinnen und Schüler für die anspruchsvollen Lehrstellen dann auch schlicht nicht vorhanden.

Auch der Anteil der Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden ist im schweizweiten Vergleich in Basel mit 9 Prozent ausserordentlich tief. Einer der Gründe für die tiefe Berufsmaturitätsquote liegt darin, dass in der berufsbegleitenden Variante Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden aufgrund der vielen Absenzen für die Betriebe nicht attraktiv sind.

Machtlos gegen den Trend

Weder Massnahmen wie die Änderungen des Schulsystems noch die restriktiven Übertrittsalgorithmen führten bis jetzt dazu, dass sich mehr Schülerinnen und Schüler für eine Lehre entschieden haben. Gemäss der Bildungs- und Kulturkommission ist ein Grund, dass die Matura am Gymnasium in einer urbanen Gesellschaft als der Königsweg betrachtet und eine Lehre mit Berufsmatur als minderwertig angesehen wird. Ganz bestimmt fehlen auch konkrete Vorbilder. Frauen und Männer nämlich, die es ohne Studium zu etwas gebracht haben. Aber auch da beisst sich die Katze in den Schwanz, wenn wir z.B. aus Gründen der Chancengleichheit sehr viel Energie dafür einsetzen, dass fast alle die Möglichkeit haben, eine Matur zu machen. Das ist sicher nicht falsch und vielleicht auch wichtig, eine Berufslehre wird aber damit jedenfalls nicht aufgewertet. Dies ist eine beklagenswerte Situation, geniesst doch unser duales Bildungssystem international viel Ansehen und Bewunderung. ■

Text: Kerstin Wenk

Bildschirmzeit und Chancengleichheit

Ergebnisse einer Umfrage der GE im vpod zu Fernunterricht und digitalen Unterricht.

Mit dem Fernunterricht konnte und musste ein grosser Teil von den Lehrpersonen neue Erfahrungen machen und auch bezüglich der Digitalisierung ganz neue Erkenntnisse sammeln. Die GE im vpod hat versucht, diese Erfahrungen mit einer kurzen Umfrage zusammenzutragen. Ziel ist, die Erfahrungen und Erkenntnisse in den weiteren Ausbau der Digitalisierung an den Schulen in Basel-Stadt einfließen zu lassen und ein Argumentarium für die Diskussion mit dem Erziehungsdepartement zusammenzustellen.

Eine erste Sichtung der sehr detaillierten Antworten zeigt, dass das Elternhaus respektive die Bedingungen, welche die Kinder zu Hause haben, eine sehr grosse Rolle spielen. Eigentlich ähnlich wie bei der Situation der Mitarbeitenden im Homeoffice: Wichtig sind die räumlichen Gegebenheiten sowie die notwendige Infrastruktur. Dass diese in der Umfrage immer wieder angesprochen werden, zeigt ganz deutlich, dass sie eine wichtige Bedeutung hinsichtlich «Chancengleichheit» haben.

Ein weiterer Punkt ist zum einen, wie selbständig die Kinder arbeiten können, zum andern aber auch, wieviel Unterstützung sie von den Eltern haben – und in welcher Form diese sprachlich und zeitlich überhaupt möglich ist. Ein Problem, das angesprochen wurde, ist die mit dem Fernunterricht verbundene Zunahme an Bildschirmzeit der Kinder. Es stellt sich die Frage, wieviel Zeit vor dem Bildschirm für Kinder überhaupt erträglich und sinnvoll ist. Und welche Auswirkungen das Sitzen vor dem Bildschirm auf das Verhalten der Kinder in der Schule hat. Diese Fragen sind sehr wichtig, auch im Hinblick darauf, dass der reguläre Unterricht in der Schule zunehmend digital erfolgt.

Die Frage sei also erlaubt, ob es denn wirklich richtig ist, dass nun auch die Schule auf Digitalisierung setzt. Für das Weiterkommen und die Verbesserung der Chancengleichheit mag dies auf den ersten Blick sinnvoll sein. Doch für die Schule sollte immer das Wohl der Kinder im Zentrum stehen. Und für dieses wäre ein wenig Zurückhaltung vielleicht angebracht. ■

Text: Kerstin Wenk

Lust an Veränderung

Ich treffe Kerstin Wenk im Café LaDiva im Iselin-Quartier. Wir sprechen über Politik, Gewerkschaft und Bildung.

Von Johannes Gruber

Ihre Kindheit und Jugend verbrachte Kerstin Wenk in Pfeffingen / Basel-Land. Während die Mutter Hausfrau war, arbeitete der Vater als IT-Spezialist bei Roche und war als Gemeindepräsident für die FDP politisch sehr engagiert. Erst später, als sie begann als selbständige Wirtin ihre politischen Anliegen zu vertreten, sollte sie merken, dass ihr das Interesse an Politik bereits in die Wiege gelegt worden war. Da in der Schule vor allem ihre technische Begabung deutlich wurde, entschloss sie sich zu einer Lehre als Bauzeichnerin und zog mit 17,5 Jahren in die Stadt Basel. Dass es sich eher um einen Männerberuf handelte, störte sie erst einmal nicht. Rückblickend erkennt sie aber, dass sie von Männern als Exotin angesehen wurde und sie nicht selten angemacht wurde. Damals empfand sie dies als normal, weil sie mit entsprechenden Rollenbildern aufgewachsen war und es nicht anders kannte.

Jugend- und Kulturarbeit

Nachdem sie die Lehre abgeschlossen hatte, arbeitete Kerstin noch ein Jahr im Beruf. Dass sie jedoch als Bauzeichnerin letztlich eine «zeichnende Sekretärin und mehr nicht» war, wie sie merkte, war ihr irgendwann zu wenig und sie entschloss sich für eine Ausbildung zur soziokulturellen Animatorin in Luzern. Ein damals neuer Studiengang, der eine Ergänzung zu Pädagogik und Sozialer Arbeit war. Dass an der damaligen Höheren Fachschule Leute aus der ganzen Schweiz zusammenkamen, empfand sie als extrem spannend. In dem berufsbegleitenden Studium herrschte eine sehr freie Atmosphäre, der Umgangston war ein anderer als in Lehre und Baubetrieb, die Studierenden wohnten während der Block- und Projektwochen zusammen in einem Haus und kochten miteinander. Während und nach der Ausbildung organisierte sie Robi-Spiel-Aktionen und betrieb im Sommercasino Jugend- und Kulturarbeit.

Selbständigkeit und leitende Stellen

1998 schliesslich wagte Kerstin den Schritt in die Selbständigkeit und gründete zusammen mit drei Kolleg*innen in Kleinbasel die Bars «Valentino's» und «Alpenblick». Als junge Frau um die 30 musste sie damals all ihr Vermögen zusammenkratzen und ihre Pensionskasse auflösen, um einigermassen über Startkapital zu verfügen. Da ich damals um die Ecke wohnte, ist mir die angenehme Atmosphäre des Valentino's noch in Erinnerung, ein nichtkommerzieller Ort der Alternativkultur. Doch die Gastronomie ist vor allem ein hartes Business, so Kerstin, der grösste Teil sei putzen. Rückblickend findet sie, sie sei vielleicht zu wenig Geschäftsfrau gewesen. Andererseits kam es zu einer denkwürdigen Episode als in der Küche die Unia die Einhaltung des GAV Gastronomie kontrollierte: Wie eine Furie warf die Unternehmerin Kerstin Wenk die Gewerkschafter aus ihrem Betrieb. Nach einer Dekade war sie jedoch ausgebrannt, sie übergab ihre Bars und arbeitete wieder als Angestellte: ein Jahr als stellvertretende Leiterin der Jugendherberge Basel, dann in gleicher Position beim Restaurant Spalenburg. Weil sie sich nach wie vor beruflich weiterentwickeln wollte, entschloss sie sich für eine berufsbegleitende Ausbildung zur Führung



VPOD-Sekretärin und SP-Grossrätin Kerstin Wenk

von Non-Profit-Organisationen, gleichzeitig verdiente sie ihr Geld beim Obdachlosentreffpunkt Basel. Nach erfolgreichem Abschluss baute sie im Aargau die Fachstelle für Freiwilligenarbeit auf, eine Benevol-Stelle, die sie 3 Jahre leitete.

Einstieg in Politik und Gewerkschaft

Doch ihr immer grösser werdendes politisches Engagement bewegte sie dazu, auch ihren beruflichen Schwerpunkt wieder nach Basel zu verlegen. Noch als Baizerin hatte sie aus dem Gefühl heraus, dass «viele in die falsche Richtung läuft», «sie es gerne anders hätte», angefangen, sich zu organisieren. Sie gründete mit anderen eine Interessensvereinigung; als sie auch so nur ein kleines Stück weiterkam, beschloss sie selbst in der Politik tätig zu werden, um die ihr wichtigen Themenfelder zu bearbeiten. So trat sie 2003 in die SP ein, als man sie anfragte. Besonders wichtig war und ist ihr, dass die SP eine soziale Partei ist, dieser Aspekt wäre ihrer Meinung aber mit einem linkeren Profil noch auszubauen. 2011 rutschte Kerstin in den Grossen Rat nach und 2013 trat sie ihre Stelle beim VPOD an.

Dieses Jahr bewarb Kerstin sich parteiintern für eine Kandidatur zur Regierungsrätin. Dass sie dabei scheiterte, war ein harter Schlag für sie, nachdem sie sich dazu durchgerungen und bereits sehr viel dafür investiert hatte. Dass es ihr nicht gelang, einen der drei Listenplätze zu ergattern, führt sie auch darauf zurück, dass sie nicht studiert hat, eine Frau und eine linke Gewerkschafterin ist. In jedem Falle wünscht sie sich von der zukünftigen Regierung mehr Visionen und einen sozialeren Kurs. In der Wohnungspolitik gehe jetzt nach langem Druck tatsächlich etwas vorwärts. Man sollte auch sonst den Mut haben, mehr auszuprobieren als nur das Nötigste zu machen. Gewerkschaftliche Anliegen sind ihr die Einführung der 40-Stunden-Woche, eine bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf, bis ins Kader hinein echte Teilzeitstellen für Männer im Service Public. Insbesondere kritisiert sie die Praxis der Regierung, dem Parlament bereits fertige Kompromisse vorzulegen, solche «fertigen Hinterzimmerdeals» hebelten die Demokratie aus.

Durch ihre Berufslaufbahn mit Selbständigkeit und leitenden Stellen kennt Kerstin auch die Gegenseite gut, was ihr nun hilft, sich mit dieser als Gewerkschafterin auseinanderzusetzen: «Es gibt so viele schwierige Vorgesetzte.» Ein grosser Teil der Menschen, die zu ihr in die Beratung kommen, hätten das Problem, dass die Arbeitgeber nicht verstehen, was für ein Problem sie haben: «Oft basieren die Probleme vor allem auf einer mangelhaften Kommunikation, man versteht sich nicht.» Ein Grundproblem sei allerdings auch das schlechte Arbeitsgesetz, das wir in der Schweiz haben: «Wir arbeiten im Vergleich mit anderen Ländern zu viele Stunden und haben zu wenig Ferien.» Immerhin seien die Jobs

zumindest im Service public relativ sicher und die Löhne oft auf einem guten Niveau, gerade im Bildungsbereich gehe es oft eher darum, Verschlechterungen zu verhindern als Verbesserungen zu fordern.

Engagement für Lehrpersonen

In den sieben Jahren, in denen Kerstin mittlerweile Lehrpersonen betreut, hat sie einen guten Einblick in die arbeitsweltlichen Realitäten unseres Bildungssystem erhalten. Das System habe sich verändert, sei anspruchsvoller und umfassender geworden. Früher sei eine Lehrperson allein vor der Klasse gestanden und unterrichtete nach Lehrplan, heute sei ein ganzes Team für eine Klasse zuständig, die Lehrpersonen unterrichten im Fachteamverbund. Mit der vorgeschriebenen Präsenzzeit können sie nicht mehr wie sie wollen von zu Hause aus arbeiten. Bei jedem Wechsel der Schulstandorte treffen sie auf andere Arbeitsbedingungen und andere Lernsysteme. Mit der Teilautonomie von Schulen in Basel sei jede Schule nun ein eigenes KMU mit eigenen Regeln. Trotzdem gebe es weiterhin auch starre kantonale Vorgaben wie etwa bei der Integration. Auch wenn das Tätigkeitsprofil von Lehrpersonen breiter und spannender geworden sei, werde nun immer mehr verlangt, auf das eigene Denken zu verzichten und nur mehr noch auszuführen. Auch insgesamt sei eine Lehrperson im gesellschaftlichen Setting nicht mehr einfach die Autoritätsperson, die sie mal war.

Kritik an den Bildungsreformen

Kritisch ist Kerstin gegenüber den Ergebnissen der laufenden Schulreformen. Ziele wie Inklusion und individuelle Förderung wären zwar toll, aber die Umsetzung bleibe auf halber Strecke stecken, sodass die Ziele nicht erreicht werden: «Inklusion ist in unserer Leistungsgesellschaft eine schöne Utopie, die man sich in den Kasten stellen und sagen kann, das wäre eine schöne Welt.» Oft seien es nicht einmal fehlende Ressourcen, an denen die Zielerreichung scheitere: Im Klassenzimmer seien neben der Lehrperson oft auch noch eine Heilpädagogin, eine Logopädin, eine Fachperson für Psychomotorik und ein Zivildienstleistender. Trotzdem schneiden die Basler Schulen bei interkantonalen Vergleichen regelmässig schlecht ab, was die Frage nach der Wirksamkeit der eingesetzten Ressourcen aufwirft. Kerstin findet, die Integrationspraxis sollte daraufhin überprüft werden, ob der gemeinsame Unterricht von Schwächeren und Stärkeren wirklich immer dem Lernen förderlich ist. Sie erzählt, dass sie selbst als Kind Legasthenikerin und froh war, dass sie ausserhalb der Schule diskret und individuell gefördert wurde. Bei all der Integration fehle es nun an geschützten Räumen für die Kinder mit Handicaps und Lernschwächen. Weil die aktuelle Praxis dazu führt, dass nicht nur die Lernergebnisse unzureichend sind, sondern auch die Lehrpersonen überlastet werden, engagiert sich der VPOD Basel auch im Zusammenhang mit Integration immer wieder für bessere Arbeitsbedingungen.

Lehrer*innenausbildung und Berufslehre

Ein Problem für unser Bildungssystem sei es auch, dass die Ausbildung der Lehrpersonen in die falsche Richtung gehe. Mit den inzwischen verlangten Studienabschlüssen gehe eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung einher. Inzwischen werde sogar darüber diskutiert, dass für eine Primarlehrperson der Master vorgeschrieben werden soll. Doch Lehrpersonen müs-

sen vor allem die Fähigkeit haben, gut mit Kindern umgehen zu können, schliesslich arbeiten diese nicht als Wissenschaftler*innen. Die Ausbildung sollte die Lehrpersonen vor allem auch auf ihren Berufsalltag vorbereiten. Ein zu langes Studium kostet und würde die Familienplanung erschweren; das würde viele abschrecken, obwohl sie für den Beruf geeignet wären.

Ein Herzensanliegen ist für Kerstin auch die Berufslehre. Wenn eine Matur mit Studium der einzige Bildungsweg in unserer Gesellschaft ist, der noch zählt, geht ihrer Ansicht nach ganz viel verloren: «Mit einer Lehre hast du einen ganz anderen Rucksack, sie ist eine wunderbare Ausbildung und eine gute Grundlage für das Leben. Es braucht beide Bildungswege.» Viele Kinder würden jedoch auf das Ziel getrimmt, dass sie unbedingt studieren. Dies hänge auch damit zusammen, dass gerade Familien und Lehrpersonen mit Migrationshintergrund das System der Schweizer Berufslehre zu wenig kennen würden. Zudem stellt sie einen Stadt-Land-Gegensatz fest: Auf dem Land sei die Lehre noch verbreiteter, auch wegen der Ausbildungsbereitschaft der KMU. An all den Veränderungen im Bildungssystem begeistert sich Kerstin vor allem für die gestiegene Durchlässigkeit. Auch mit einer Lehre sei es nun möglich, etwa über Berufsmatur und Fachhochschulen später auch noch zu studieren.

Digitalisierung in der Bildung

In der Corona-Zeit hat sich, so Kerstin, gezeigt, dass die Lehrberufe systemrelevant sind. Die zukünftigen Entwicklungen im Bildungsbereich seien jedoch noch nicht abzuschätzen. Zu erwarten sei sicher, dass die Digitalisierung immer weiter voranschreitet. Kerstin stört, dass nicht mehr oder zumindest zu wenig danach gefragt wird, wie sinnvoll welche Art von Digitalisierung ist. Soll Digitalisierung bedeuten, dass es zukünftig keine Rolle mehr spielt, welche Lehrperson vorne steht und das Gerät bedient? Oder bedeutet Digitalisierung, dass, wie mittlerweile in Basel-Land der Fall, jedes Kind einen iPad bekommt? Ist es wirklich angebracht, bei den Primarschulkindern schon auf das Buch zu verzichten? Soll die Schule nicht im Gegenteil das Lesen von Büchern fördern, ebenso fördern wie eine kritische und selbstgesteuerte Wissensaneignung im Internet? Bedeutet Digitalisierung Fernunterricht? In den Gesundheitsberufen zum Beispiel wäre dies problematisch. Aber auf jeden Fall eröffnen sich neue Möglichkeiten und Anforderungen. Es kommt zu einer Individualisierung des Lernens, die für Begabte super ist, bei der aber die andern auf der Strecke zu bleiben drohen.

Zukunft der Gewerkschaft

Eine Herausforderung, die sich dem VPOD Basel stellt, ist es, junge Generationen zu erreichen. Unter den Arbeitnehmenden ist immer mehr das Gefühl verbreitet, für Probleme am Arbeitsplatz selbst verantwortlich zu sein. Es wird zunehmend schwieriger, die Anliegen zu kollektivieren. Oft mangelt es an dem dafür nötigen Gemeinschaftsgefühl. Gewerkschaft verkommt so zu einer Versicherung, die den Leuten im Einzelfall bei ihren individuellen Problemen hilft. Doch Kerstin gesteht ein, dass sie früher selbst eine von denen war, die sagten, wenn ich ein Problem habe, dann löse ich das selbst mit meinem Gegenüber. Mit ihrer Arbeit beim VPOD hat sie gelernt, warum dies oft nicht funktionieren kann und warum es deshalb starke Gewerkschaften braucht. ■